

ARBEITSKRÄFTE OHNE RECHTE

Post macht sich selbst Konkurrenz

Die Privatisierung der Post hat viele Nachteile gebracht. Gute Jobs sind Billig-Arbeitsplätzen gewichen, das Service hat gelitten, damit die Aktienkurse stimmen. Jetzt sollen wieder weit mehr als 1.000 Arbeitsplätze abgebaut und der Leistungsdruck erhöht werden.

Der Ärger über die neuen DEU-Briefkästen ist berechtigt. Aber es kommt noch ärger. Im Jahr 2001 kaufte die Österreichische Post die Werbemittel-Austrägerfirma Feibra. Nur wenige ahnten damals, welche Auswirkungen diese Übernahme haben würde. Noch 2001 verkündete die Post, man werde sich „selbstverständlich“ an die gerichtliche Auflage halten, Schlüssel für Brieffachanlagen nicht anderen Firmen zur Verfügung zu stellen, damit das Postgeheimnis gewahrt bleibe.

Doch plötzlich ist alles anders: Die Feibra-Zusteller erhalten Zentralschlüssel für alle Postkastenanlagen, und es gibt auch schon Gerüchte um einen regen Schwarzhandel mit den Schlüsseln, die weiteren privaten Zustellern den Zutritt zu den Briefkästen ermöglichen. Viele Menschen haben kein gutes Gefühl, wenn plötzlich völlig unbekannte Personen Zugriff auf ihre private Post haben.

FOLGE DER PRIVATISIERUNG

Die KPÖ lehnt die „Sparpläne“ der Post AG entschieden ab. „Weniger Beschäftigte sollen mehr arbeiten, damit der Aktienkurs stimmt“, sagte der Grazer KPÖ-Gemeinderat Hubert Reiter, der selbst Postzusteller ist. Ernest Kaltenegger sieht seine Befürchtungen bestätigt, dass Privatisierungen schlimme Folgen haben. Es ist fraglich, ob die Gewerkschaft noch die Durchsetzungskraft hat, um die Pläne des Vorstandes zurückzuweisen. Streiken ist in diesen Kreisen ohnehin schon fast verlernt worden.

Moderne Sklaven

Wozu kauft die Post eine Austrägerfirma? Die hausinterne Konkurrenz kann viel billiger arbeiten als ihre Mutterfirma, die Post AG, denn im Gegensatz zur Post arbeiten die meisten Feibra-Mitarbeiter als „selbstständige Gewerbetreibende“ mit Werkverträgen. So gehen gute Arbeitsplätze bei der Post verloren und werden durch Billig-Jobs ersetzt. Der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder: „Diese Beschäftigungsverhältnisse sind eine üble Form der Ausbeutung, bei der die Austräger weder versichert sind noch Anspruch auf Urlaub haben. Die Scheinselbstständigen sind auf dem Papier Unternehmer, in Wirklichkeit aber billige Arbeitskräfte ohne Rechte.“

Die Liberalisierung der Post hat den Menschen nichts gebracht. Die Tarife für Briefe sind teuer wie noch nie. Nur Großkunden profitieren von der Möglichkeit, auf billige Konkurrenten zugreifen zu können, der Großteil der Bevölkerung zahlt aber drauf: So wurden in Österreich bereits hunderte Postämter geschlossen, um den Aktienbesitzern möglichst hohe Profite zu bescheren. Zu welchen Bedingungen die Menschen bei den Zustellern arbeiten müssen, spielt dabei keine Rolle.

Weniger Service

Auch die Serviceleistungen der Post werden durch die Politik ihres Managements immer schlechter: So werden neuerdings Sendungen, deren Postleitzahl nicht ganz korrekt ist, sofort an den Absender retourniert. Parteder: „Die Post macht einen schweren Fehler, wenn sie das erworbene Know-



Hubert Reiter, Postzusteller und Grazer KPÖ-Gemeinderat fürchtet, dass die Qualität der Zustellung leidet.

how ignoriert, anstatt die Kunden durch gutes Service zu überzeugen. Die Schuld bekommen dann die Zusteller in die Schuhe geschoben, denen über die Medien ausgerichtet wird, sie würden nicht korrekt arbeiten.“

Dass die Post mit der Öffnung von Wohnhäusern und Briefkästen für Privatfirmen auch einen Vertrauensbruch

begeht, scheint dem Management gleichgültig zu sein. Aber auch die Briefträger geraten ins Hintertreffen, sind sie doch für die Instandhaltung der Hausbriefächer verantwortlich. Das macht das Geschäft für die Privaten noch lukrativer: Alle greifen auf die vorhandenen Briefkästen zu, für die Instandhaltung muss aber der Briefträger der Post sorgen.



Gutes Service braucht Personal.

Foto: Österreichische Post